



ABSTIMMUNG STADT BERN 15. MAI

Ja zu einem Kita-Platz auf sicher. Nein zum Gutschein-Bschiss.

Wir wollen am 15. Mai ein JA zu unserer Kita-Initiative und ein NEIN zum Gegenvorschlag. Machen wir allen klar, was die Initiative bringt und warum sie besser ist als der Gegenvorschlag.

Foto: Adrian Durtschi



Die Kita-Initiative mobilisiert! Eine der zahlreichen Kita-Aktionen vor dem Berner Rathaus.

Was will die Kita-Initiative?

Trotz guten und – dank Subventionen – bezahlbaren Kita-Plätzen hat sich die Warteliste in den letzten Jahren massiv vergrößert. Heute warten Familien bis zu 1½ Jahre auf einen Kita-Platz. Die Initiative «Für Kindertagesstätten ohne Wartelisten» will darum allen Familien in der Stadt Bern einen Kita-Platz mit gesicherter Qualität garantieren, wenn sie diesen brauchen. Niemand soll länger als sechs Monate warten müssen!

Was bringt die Kita-Initiative?

Alle, die eine Betreuung ausserhalb der Familie brauchen, sollen in der Nähe ihres Wohn- oder Arbeitsorts einen guten und bezahlbaren Kita-Platz auf sicher erhalten. Dies verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, erhöht die Chancengleichheit und macht den Wirtschaftsstandort Bern attraktiver.

Kitas profitieren von der Initiative, indem sie wie bis anhin Leistungsverträge mit der Stadt abschliessen können – das gibt ihnen Planungssicherheit. Zudem können jene privaten Kitas, die bisher nicht unterstützt wurden, mit der Stadt neu ebenfalls Leistungsverträge eingehen.

Was will der Gegenvorschlag?

Der Gegenvorschlag will das bewährte System der subventionierten, einkommensabhängigen Tarife durch ein unsoziales Gutscheinsystem ersetzen. Eltern sollen auf den freien Kita-Markt geschickt werden, um sich einen Betreuungsplatz zu suchen. Denn einen Gutschein gibt's nur, wenn man einen Platz hat. Konkret heisst das: Klinken putzen bei den Kitas und hoffen, dass: 1. die Kita das Kind aufnimmt, 2. der Platz bezahlbar und 3. in der Nähe des Arbeits- oder Wohnortes liegt und 4. die Qualität auch wirklich stimmt. Die vermeintliche Wahlfreiheit der Eltern ist somit ein Trugschluss.

Was bringt der Gegenvorschlag?

Nichts, denn: Der Gegenvorschlag schafft kei-

ne Plätze, sondern verteilt bloss Gutscheine, die man dann wegen fehlenden Angebots gar nicht einlösen kann. Der Wechsel zur marktwirtschaftlichen Kinderbetreuung bringt viele Unsicherheiten und klare Nachteile: Es werden Erstklass- und Zweitklass-Kitas entstehen, je nachdem, wie viel man bezahlen kann. Kitas müssen um die Gunst der Familien werben, statt ihre Ressourcen in die Kinderbetreuung zu stecken. Der Verwaltungsaufwand wird höher und damit auch die Kosten. Fazit: der Wechsel auf ein marktwirtschaftliches System ist ein unverantwortlicher Bildflug und ein unsicheres Experiment auf Kosten unserer Kinder.

Darum: Mobilisierung jetzt!

Wir sind überzeugt: Nur die Kita-Initiative bringt einen Fortschritt, denn nur sie garantiert allen einen Betreuungsplatz mit guter Qualität. Nur sie sorgt dafür, dass auch Kinder von wirtschaftlich schlechter gestellten Eltern die gleich gute Betreuung erhalten wie Kinder aus besser situierten Familien.

Wie vermitteln wir das? Das Kampagnenteam ist um Flyer, Plakate, Inserate und Aktionen besorgt. Entscheidend ist aber, dass wir im Alltag präsent sind – und dafür brauchen wir dich! Mit welchen drei Schritten aus folgendem 10-Punkte-Plan kannst du einen Beitrag leisten?

1. Lese die FAQs auf www.kita-initiative.ch.
2. Verwickle Personen aus deinem Freundeskreis, vom Arbeitsplatz, dem Fussballclub oder

der Yoga-Stunde in ein Gespräch über Kitas und gib ihnen einen Flyer mit.

3. Werde Mitglied des Unterstützungskomitees der Kita-Initiative: www.kita-initiative.ch.
4. Schreibe einen LeserInnenbrief.
5. Hänge Plakate bei deinem Haus und/oder deiner Nachbarschaft auf (Kontakt für Material: leyla.guel@spbe.ch).
6. Hilf bei einer Kita-Aktion mit (Kontakt: adi.durtschi@students.unibe.ch).
7. Mach am 30. April am städtischen Kita-Aktionstag in deinem Quartier mit (Kontakt: dein Sektionspräsidium).
8. Erinnere sechs überzeugte Personen im Gespräch, per SMS oder E-Mail daran, am 15. Mai abstimmen zu gehen.
9. Organisiere am Abstimmungssonntag einen Brunch und lade Bekannte ein, die sonst vielleicht nicht abstimmen würden.
10. Wenn du Zeit, aber keine Ideen hast, melde dich bei Adrian Durtschi. Du wirst sehen, dass Campaigning Spass macht!

Gemeinsam schaffen wir es! Danke, dass du mitmachst und es ermöglichst. Und nicht vergessen – am 15. Mai feiern wir gemeinsam das Abstimmungsergebnis unserer Initiative!

Flavia Wasserfallen
Co-Präsidentin
SP Stadt Bern und
Adrian Durtschi
Mitglied der
Kita-Kampagnengruppe



SIEDLUNGSENTWICKLUNG IN DER REGION

Umdenken in der Raumplanung

Mit dem «Regionalen Gesamtverkehrs und Siedlungskonzept» (RGSK) versucht die Regionalkonferenz, die Veränderungen im Bereich Siedlung und Verkehr aufeinander abzustimmen. Das ist gut. Weniger gut sind die Prognosen für die zukünftigen Verkehrsströme sowie die beschränkten Möglichkeiten der Raumplanung.

Verkehrter Trend: Wachstum

Es ist dringend nötig, die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im regionalen Rahmen zu beurteilen. Nur eine gemeindeübergreifende Sicht kann dem Zersiedlungstrend und seinen Verkehrsfolgen entgegenwirken. Nun darf aber die Entwicklung nicht mit einer trendmässig festgelegten Annahme der Verkehrsströme ansetzen, wie dies im RGSK gemacht wird. Es geht davon aus, dass der öffentliche Verkehr bis 2030 um 25 Prozent wachsen wird, der motorisierte Individualverkehr gar um 60 Prozent! Und auch die Siedlungsentwicklung ist zu grosszügig geplant.

Hier ist ein grundsätzliches Umdenken erforderlich. Wir müssen von einer beschränkten und auf die grösseren Zentren ausgerichteten Verdichtung der bestehenden Siedlungskörper ausgehen. Der hierzu noch nötige Verkehr soll sich auf eine gezielte Verbesserung des öV und Langsamverkehrs ausrichten. Das prognostizierte Wachstum des motorisierten Verkehrs ist durch planerische Massnahmen zu verhindern, beispielsweise, indem die Pendlerdistanzen kürzer werden. Oder indem vermehrt gemischte

Nutzungen (Arbeits- und Wohnzonen) entstehen. Aber auch finanzielle Eingriffe sind nötig: Steuerabzüge für Pendlerinnen und Pendler sind zu streichen, Mobility-Pricing und Pendlersteuern sind vorzusehen.

Ein weiterer Kritikpunkt: Siedlungs- und Verkehrsmassnahmen können heute nicht mehr ohne den Einbezug der energetischen Folgen festgelegt werden. Heizungs-, Licht- und Mobilitätsenergiebedürfnisse sind mit Nachhaltigkeitskriterien in die Raumordnungsmassnahmen einzubeziehen.

Enger Rahmen der Raumplanung

Das grösste Hindernis einer wirksamen Raumplanung ist die Gemeindeautonomie. Sie verhindert die Durchsetzung der übergeordneten Richtplanungen erheblich. Es ist deshalb dringend nötig, dass für das diesbezüglich wichtigste Gebiet – die Stadt Bern mit den angrenzenden Gemeinden – Planungen mit hoher Verbindlichkeit möglich werden. Dies geht nur, wenn der Stadtperimeter entsprechend ausgedehnt wird und die Gemeinden in diesen (und wohl auch in vielen anderen) Funktionen verbindlich zusammenwirken. Das heisst nichts anderes, als dass die politischen Strukturen grundsätzlich überprüft und neu festgelegt werden müssen!

Martin Gerber
Mitglied der Geschäftsleitung
SP Region Bern-Mittelland und
Andreas Hofmann
Grossrat



STADTENTWICKLUNG IN BERN

Die Vision von der gemischten Stadt

In der Schweiz wird pro Sekunde ein Quadratmeter Kulturland verbaut. Der Einfamilienhausbau boomt und Familien verlassen die Stadt, weil sie keine Wohnungen finden. Bauliches Verdichten lautet deshalb das Gebot der Stunde. Hier sind die Städte gefragt – sie müssen sowohl baulich wie auch nutzungsmässig verdichten.

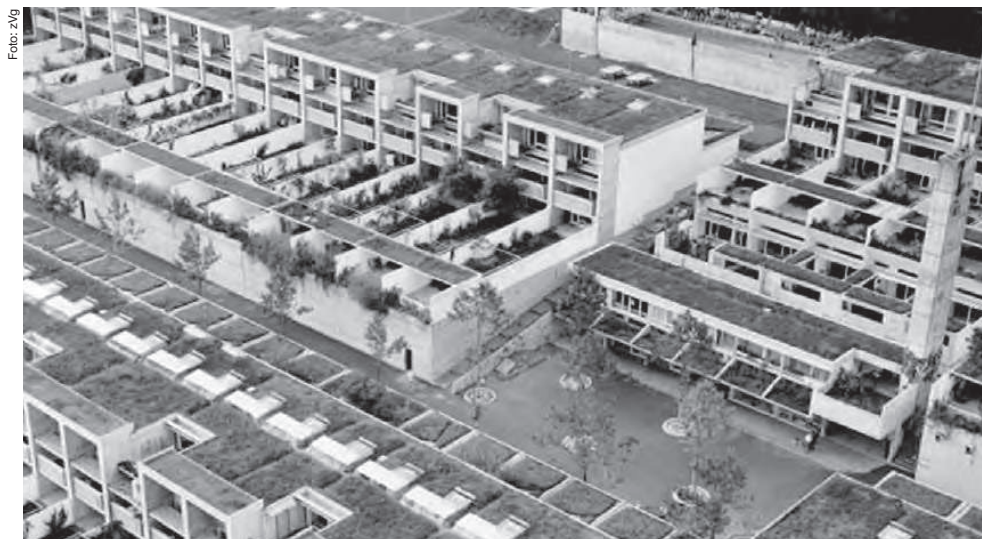
In der Stadt gestapelt bauen

Das Einfamilienhaus als Traum vom Wohnen, aber auch als grösster Landkonsument kann auch in der Stadt gestapelt gebaut werden. Das wohl älteste und beste Beispiel für verdichteten Einfamilienhausbau ist die Halensiedlung in Wohlen bei Bern. Mit dieser Bebauungsstruktur, die über eine Ausnutzungsziffer von 0.6 verfügt, ist auch die Verdichtung einiger Berner Gebiete möglich.

Innerstädtische Gebiete mit gemischter Nutzung und grösserer Dichte sind wesentlich attraktiver. Erinnert sei hier an die Blockrandbebauung Berns um 1900 mit ihren intensiv genutzten Erdgeschossen, grossen Wohnungen und stillen Innenhöfen. Aber auch neue Überbauungen wie der Bau an der Wylerringstrasse verfügen über eine hohe Ausnutzungsziffer mit attraktivem Aussenraum.

Familienwohnraum schaffen

Heute benötigt Bern vor allem Familienwohnungen: Wohnungen für grosse und kleine, für



Das älteste und beste Beispiel für verdichteten Familienhausbau: die Halensiedlung in Wohlen.



In öV-Nähe gemischte Nutzungen fördern: das Beispiel Bern.

PLANUNG HOLLIGEN

er verdichteten, dt

Ein umstrittenes Projekt

Am 15. Mai wird über die Planung Holligen abgestimmt. Im Gebiet Mutach-, Huber- und Holligenstrasse sollen neue Wohnungen entstehen. In der SP Stadt Bern gehen die Meinungen zum Projekt auseinander. Ein Streitgespräch mit Stadtrat Stefan Jordi und Peter Marbet, SP Holligen. Die Fragen stellte Leyla Gül.

Stefan Jordi, was spricht für die Planung?

Die SP der Stadt Bern sprach sich bisher immer für Verdichtung innerhalb des Stadtgebietes aus.



Der Gemeinderat ist nach dem Rückzug von 2004 nochmals über die Bücher gegangen. Mit der Vorlage liegt nun eine moderate Planung vor, die die Bedürfnisse nach bezahlbarem Wohnraum und dem grösstmöglichen Erhalt an Grünraum in Einklang bringt – aber auch auf den bestehenden Wohnraum Rücksicht nimmt und den Pächterinnen und Pächtern der Familiengärten Ersatzstandorte anbietet.

Was bringt die Planung Holligen?

Das Gebiet Mutachstrasse gehört der Stadt, d. h. es handelt sich hier um eines der wenigen Gebiete, auf denen die öffentliche Hand ihre Ziele punkto Wohnstadt Bern verwirklichen kann. Ein Ziel ist, bezahlbare Wohnungen für Familien zu erstellen, und zwar auf einem Gebiet, das zentral und bestens mit öV erschlossen ist sowie in kürzester Distanz zu Erholungsgebieten liegt.

Was passiert bei Ablehnung der Planung?

Im Bereich grösserer, bezahlbarer Wohnungen für Familien wird weiterhin eine grosse Lücke bestehen. Denn private Investoren sind kaum daran interessiert, sozialen Wohnungsbau zu betreiben.

Peter Marbet, warum bist du gegen die Vorlage?

Holligen ist kein privilegiertes Quartier. Dennoch hat es Qualität. Dazu trägt der Grüngürtel bei, der sich vom Bremgartenwald zum Bremgartenfriedhof, übers Inselareal bis zum Könizbergwald zieht. Die Schlossmatte Holligen ist mit ihren Familiengärten Teil davon. Diesen Grüngürtel als Ganzes zu erhalten, ist zentral, will man die Wohn- und Lebensqualität in Holligen hoch halten. Insbesondere, da das Quartier ansonsten durch den Autobahnzubringer und einen hohen Anteil von Arbeitsplätzen geprägt ist.



Was bringt die Planung eben nicht?

In Holligen entstehen derzeit in acht grösseren Überbauungen über 950 neue Wohnungen. Mit dem Neubau der Kehrlichtverbrennungsanlage werden allein in unmittelbarer Nähe der Schlossmatte 250 neue Wohnungen gebaut. Da wäre die zusätzliche Überbauung der Mutachstrasse mit noch einmal 190 Wohnungen einfach zuviel.

Was passiert bei Annahme der Planung?

Die Überbauung Mutachstrasse wäre der Anfang vom Ende der grünen Schlossmatte. Sie ist Freizeit- und Betätigungsraum sowie Integrationsort für viele Quartierbewohnerinnen und -bewohner. Das würde verloren gehen.

Gisela Vollmer
Stadträtin, Co-Präsidentin
AG Stadtentwicklung/Wohnen



el Nantes zeigt es.

Foto: Gisela Vollmer



Pro oder Contra Planung Holligen? In der SP gehen die Meinungen auseinander.



Die Region Bern ist einer der attraktivsten Wohn- und Arbeitsstandorte der Schweiz.

LEGISLATURZIELE 2010–2014 DER SP-JUSO-PSA-FRAKTION

Bärenstark – Hand in Hand

Der Kanton Bern soll in den nächsten Jahren in wichtigen Bereichen eine besonders positive Rolle spielen. Für die drei Themen «Klima und Nachhaltigkeit», «Stabilität und Lebensqualität» sowie «Wirtschaftsstandort und Politikzentrum» hat die SP-JUSO-PSA Fraktion deshalb Schwerpunkte und Massnahmen erarbeitet. Viele der Massnahmen sind auch für die Stadt und Region Bern von zentraler Bedeutung.

Klima und Nachhaltigkeit

Der Schutz der Umwelt und die schonende Nutzung der Ressourcen sind Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons Bern. 10 Massnahmen zu den Schwerpunkten Energie und Umwelt sowie Raumplanung und Verkehr sollen dazu beitragen, den Kanton Bern als nachhaltigen und innovativen Kanton zu positionieren. Wichtige Massnahmen sind die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs auf den innerstädtischen Strassen

um 10 Prozent, eine gebührenpflichtige und lenkungswirksame Parkplatz-Bewirtschaftung sowie der Ausbau des Bahnhofs Bern.

Stabilität und Lebensqualität

Bildung und Kultur sowie Gesundheit und Fürsorge sind Grundpfeiler einer solidari-schen Gesellschaft und der Schlüssel für gute Lebensqualität. Damit Integration, Chancengleichheit und Vollbeschäftigung weiterhin im politischen Fokus stehen, hat die Fraktion 11 Massnahmen definiert. Mit Kultur Lebensqualität schaffen, die Integration der ausländischen Bevölkerung umsetzen und Vollbeschäftigung anstreben – so lauten die Forderungen.

Wirtschaftsstandort und Politikzentrum

Die Hauptstadtregion Schweiz ist einer der attraktivsten Wohn- und Arbeitsstandorte der Schweiz. Auf engstem Raum findet sich eine einmalige Kombination von städtischem Arbeits-, Kultur- und Freizeitangebot und ländlicher Naherholung. Zu den drei Schwerpunkten Wirtschaftsstandort und Politikzentrum, Staat, Justiz und Sicherheit sowie Hauptstadtregion Schweiz hat die Fraktion 17 Massnahmen erarbeitet. So sollen die Sicherheitskosten von Sportanlässen verursachergerecht finanziert und der Kanton als Politikzentrum sowie Ausbildungsstandort für «Public Management» gestärkt werden.

Die Legislaturziele können auf www.sp-be.ch heruntergeladen werden

Michael Aebersold,
Grossrat und Vizepräsident
SP-JUSO-PSA Fraktion



VERANSTALTUNGEN

1. Mai 2011, ab 16 Uhr

1. Mai-Feier auf dem Bundesplatz

Ab 16 Uhr: Besammlung zum Umzug in der Kramgasse

16.30 Uhr: Umzug

17.15 Uhr: Feier mit Reden von Ruedi Keller, Corrado Pardini und Corinne Schärer

Ab 18 Uhr: Essens- und Getränkestände auf dem Bundesplatz. Konzerte mit Quatre in Toulouse (Ska) und Tommy Vercetti und Band (Rap)

2. Mai, 19 Uhr, Schmiedstube,
Schmiedenplatz 5, Bern

«Die Grenze im Kopf –

Identität und Lebensraum»

Podium zum Thema Gemeindegrenzen mit Inputs von Regula Rytz, Vorstandsmitglied «Bern neu gründen» und Gemeinderätin Bern; Peter Stämpfli, Unternehmer; Georg Tobler, Sektionschef Agglomerationspolitik, Amt für Raumentwicklung; Stefan von Bergen, Journalist Berner Zeitung.

Moderation: Michael Aebersold, Vorstandsmitglied «Bern neu gründen» und Grossrat

18. Mai, 19 Uhr, Hotel Bern,
Parteitag SP Region Bern-Mittelland

«Spitalandschaft Region Bern»

Referat von Annamaria Müller Imboden, Vorsteherin Spitalamt zum Zusammenschluss von Inselfspital und Spitalnetz Bern AG

Arbeitsgruppe Sport

Die Stadt Bern soll zur bewegungsreichsten Stadt der Schweiz werden. Die SP Stadt Bern setzt sich deshalb für den Breitensport ein – er dient der Gesundheit, der Integration, der Freude und als Voraussetzung für den Spitzensport. Anfangs 2011 hat die Stadt Bern das Sport- und Bewegungskonzept verabschiedet. Dieses will die AG Sport als Grundlage nehmen, um zu spezifischen Themen Stellung zu nehmen und ganz konkrete Forderungen, z. B. in Form von Vorstössen zu erarbeiten. Zudem will die AG Sport Massnahmen zur Förderung des Breitensports erarbeiten.

Interessierte melden sich bei David Stampfli,
david.samuel.stampfli@gmail.com
079 775 62 05

Impressum

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch
www.spmittelland.ch, www.spbern.ch
Redaktion: Leyla Gül, Marc Gebhard, Christa Luginbühl, Ursula Marti, Corinne Mathieu

ABSTIMMUNGEN 15. MAI

Initiative Familienfreundliches Bern: Für Kindertagesstätten ohne Wartelisten (Kita-Initiative)	JA
Gegenvorschlag des Stadtrats Stichfrage	NEIN Kita-Initiative
Rückführung der Stadtbauten Bern	JA
Subventionsverträge bzw. Leistungsvertrag mit fünf Kulturinstitutionen für die Jahre 2012 bis 2015	JA
Zonenplan Planung Holligen	JA